

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 04.06.2025
im großen Sitzungssaal des Rathauses Kirchheim unter Teck (Marktstraße 14)

Beginn: 18:01 Uhr Ende: 19:32 Uhr

§§ 48 – 58 öffentlich

ANWESENHEIT

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Pascal Bader (stimmberechtigt)

Mitglieder

Stadtrat Reinhold Ambacher	
Stadtrat Michael Attinger	
Stadtrat Karl Michael Bantlin	
Stadtrat Andreas Banzhaf	
Stadtrat Markus Berthold	
Stadtrat Klaus Buck	
Stadträtin Dr. Antonia Coppin-Renz	
Stadtrat Giancarlo Crescente	
Stadtrat Martin Döbler	
Stadtrat Marc Eisenmann	
Stadtrat Michael Faulhaber	
Stadträtin Gundula Folkerts	
Stadtrat Ralf Gerber	
Stadträtin Marianne Gmelin	
Stadtrat Michael Haug	
Stadträtin Prof. Dr. Andrea Helmer-Denzel	
Stadtrat Jens Hildebrandt	
Stadtrat Dieter Franz Hoff	
Stadtrat Andreas Kenner	
Stadtrat Rainer Kneile	
Stadtrat Ulrich Kübler	ab 19:05 Uhr, vor Kenntnisnahme § 57 ö
Stadträtin Sabine Lauterwasser	
Stadtrat Manfred Machoczek	
Stadtrat Gerd Mogler	
Stadtrat Dr. Siegfried Nöhring	
Stadtrat Tobias Öhrlich	
Stadträtin Dr. Natalie Pfau-Weller	ab 18:25 Uhr, vor Beschlussfassung § 51 ö
Stadtrat Jean-Pierre Ries	
Stadträtin Bettina Schmauder	ab 18:23 Uhr, vor Beschlussfassung § 51 ö
Stadträtin Simone Selck	
Stadtrat Dr. Norbert Smetak	
Stadträtin Aline Theodoridis	

Stadtrat Antonio Zeccola

Entschuldigt:

Stadträtin Sandra Manuela Eickelmann	aus privaten Gründen verhindert
Stadtrat Dr. Martin Gienger	aus privaten Gründen verhindert
Stadtrat Stefan Gölz	aus beruflichen Gründen verhindert
Stadtrat Hans Kahle	aus gesundheitlichen Gründen verhindert

Verwaltung

Erster Bürgermeister Achim Rapp (nicht stimmberechtigt)
Bürgermeisterin Christine Kullen (nicht stimmberechtigt)
Ortsvorsteherin Gabriele Armbruster (Jesingen)
Ortsvorsteher Dr. Alexander Forkl (Lindorf)
Ortsvorsteher Henrik Peter (Nabern)
Ortsvorsteher Siegfried Stark (Ötlingen)
Frau Annemarie Branke
Herr Martin Hauber (Hochbau und Gebäudemanagement)
Frau Kersti Holzner (Technische Infrastruktur)
Frau Melanie Pfeifer (Finanzen)
Herr Matthias Ratzer (Eigenbetrieb Städtischer Wohnbau)
Frau Sandra Daniela Roth (Eigenbetrieb Städtischer Wohnbau)
Herr Christoph Schietinger (Finanzen)
Frau Kathrin Schlenker (Soziales)
Frau Katja Schmitt (Personal und Organisation)
Herr Eberhard Müller (Technische Infrastruktur)
Frau Sylke Sigel (Personal und Organisation)
Herr Jörg Weimer (Hochbau und Gebäudemanagement)
Frau Sylvia Zagst (Finanzen)

Schriftführer/in

Frau Hanna Müller (Gremienarbeit und Städtepartnerschaften)

Bekanntgabe von Beschlüssen

§ 7 nicht öffentlich

Weiterentwicklung der Organisation der Verwaltung

1. Zustimmung zur Neuzuordnung der „Abteilung Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung“ in das Dezernat 2.
3. Zustimmung zur Abspaltung der Sachgebiete Gebäudemanagement und Hochbau aus der Abteilung Technische Infrastruktur in die neue „Abteilung Hochbau und Gebäudemanagement“.
4. Zustimmung zur Umsetzung der Beschlussvorschläge Nr. 1 und 3 zum 1. Juni 2025.

Einwohner/innen fragen - die Verwaltung antwortet

Keine Wortmeldungen.

**Musikschule "Im Schlössle"
Sanierung Brandschutz**

Gesetzliche Anzahl Stimmberchtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberchtigter: 31

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

31 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

1. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe auf den Investitionsauftrag 704262040001 Brandschutzaanierung Musikschule „Im Schlössle“, Sachkonto 78710000 in Höhe von 318.000 Euro vorbehaltlich der Genehmigung des Nachtragshaushalts 2025 durch das Regierungspräsidium Stuttgart. Die Deckung kann über den Investitionsauftrag 702211040046 Generalsanierung LUG Bauteile C+D, Sachkonto 78710000 erfolgen. Die Mittel für die Maßnahme Generalsanierung LUG Bauteile C+D müssen im Doppelhaushalt 2026/2027 wieder aufgenommen werden.
2. Kenntnisnahme über die Brandschutzaanierung der Musikschule zur Beseitigung der vorhandenen Brandschutzmängel und zur Verhinderung der Nutzungsuntersagung ab dem zweiten Obergeschoss.

Sanierung Rollschuhplatz
- Freianlagen
- Vorstellung der Planung
- Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben
- Freigabe der Ausschreibung

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 33

Beschluss Nr. 1

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

32 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

Antrag von StR Kenner (SPD) und StR Banzhaf (Freie Wähler):

Vollausbau der Stufen (5 Stufen im Norden, 2 Stufen im Süden) soll erfolgen; Prüfung, ob die Sitzstufen in Richtung der Terrasse von M1+3 weitergeführt werden können, die Installation eines Basketballkorbs soll geprüft werden sowie die Möglichkeit einer Tischtennisplatte in Richtung Spielplatz; die Beleuchtung soll mitgedacht und mitgeplant werden aber das Beleuchtungskonzept soll nochmals überprüft werden; bei der Ausschreibung soll Preisvergleich mit verschiedenen Materialien für die Sitzstufen (Naturstein, RC-Beton, etc.) vorgenommen werden.

Beschluss Nr. 2

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

31 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

1. Zustimmung zur Planung der Außenanlagen und Kostenberechnung Sanierung des Rollschuhplatzes.
2. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe auf den Investitionsauftrag 702551040003 Sanierung Rollschuhplatz in Höhe von 230.000 Euro. Die Deckung kann über die Verpflichtungsermächtigung aus 2026 der Investitionsaufträge 704541040003 Erschließung Marktstr. 1+3 Verw.gebäude in Höhe von 53.000 Euro und 702112540129 Außenanlage Verwaltungsgebäude Marktstr. in Höhe von 127.000 Euro sowie aus dem Jahr 2025 des Investitionsauftrags 704538040002 Kanalschacht Neubau Alleenstr. in Höhe von 50.000 Euro

erfolgen. Die Mittel für die Maßnahme Kanalschacht Neubau Alleenstr. müssen im Doppelhaushalt 26/27 wieder aufgenommen werden.

3. Freigabe der Ausschreibung

§ 52 öffentlich
Digitalisierungsstrategie

GR 04.06.2025
GR/2025/063

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 33

Beschluss Nr. 1

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

30 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

1. Computerräume werden nicht abgeschafft aber mit Schulen werden individuelle Lösungen erarbeitet – im Themenfeld 3, Schwerpunkt 1 wird das Ziel 2 und die Maßnahme 2.1 entsprechend angepasst. Im Themenfeld 3, Schwerpunkt 2, Ziel 2 sollen die Maßnahmen 2.2. und 2.3 folgendermaßen zusammengefasst werden: die Kosten und technische Ausstattung sollen bis Ende 2025 untersucht werden.
-

Beschluss Nr. 2

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

30 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

2. Kenntnisnahme von der Digitalisierungsstrategie 2025.
3. Zustimmung zur Fortschreibung der Digitalisierungsstrategie 2024 zur Digitalisierungsstrategie 2025 wie in den Anlagen 1 und 2 zur Sitzungsvorlage GR/2025/063 dargestellt.

**9. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung
von Verwaltungsgebühren**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 33

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

30 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
3 Nicht abgestimmt

Beschluss der 9. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
gemäß der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2025/076.

**Eröffnungsbilanz 2022 und Jahresabschluss 2022 des
Eigenbetriebs Städtischer Wohnbau Kirchheim unter
Teck**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 33

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

30 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
3 Nicht abgestimmt

1. Kenntnisnahme von der Eröffnungsbilanz und des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts 2022 des Eigenbetriebs Städtischer Wohnbau Kirchheim unter Teck (Anlage 1 und 2 zur Sitzungsvorlage GR/2025/002) sowie des Ergebnisses der Prüfung durch das städtische Rechnungsprüfungsamt (Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2025/002).
2. Die Eröffnungsbilanz 2022 des Städtischen Wohnbau Kirchheim unter Teck (SWK) wird entsprechend der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage GR/2025/002 beschlossen.
3. Der Jahresabschluss 2022 wird festgestellt:

mit einer Bilanzsumme von 3.439.183,33 Euro

davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Sachvermögen 222.706,22 Euro
- das Finanzvermögen 3.216.477,11 Euro
- Rechnungsabgrenzungsposten 0,00 Euro

davon entfallen auf der Passivseite auf

- das Eigenkapital 3.331.062,74 Euro
- die empfangenen Ertragszuschüsse 0,00 Euro
- die Rückstellungen 0,00 Euro
- die Verbindlichkeiten 108.120,59 Euro

mit einem Jahresverlust von 168.937,26 Euro

mit der Summe der Erträge in Höhe von 17.648,48 Euro

mit der Summe der Aufwendungen in Höhe von 186.585,74 Euro

Der sich ergebende Jahresverlust ist wie folgt zu verwenden:
Kapitalzuführung aus dem Haushalt der Stadt 168.937,26 Euro

4. Die Geschäftsführung wird für das Wirtschaftsjahr 2022 entlastet.

**Anpassung der Richtlinie über Zuschüsse im Bereich
der Städtepartnerschaften**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 33

StRin Gmelin (SPD) nimmt aufgrund von Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil und bei den Zuschauern Platz

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

29 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
4 Nicht abgestimmt

1. Zustimmung zur Schaffung des § 6 – Zuschüsse für den Förderverein Kirchheim-Petrovac e.V. und zur Aufnahme des jährlichen Zuschusses über 6.000 Euro.
2. Zustimmung zur Regelung einer Höchstgrenze für Bewirtungen im Rahmen von Veranstaltungen des Partnerschaftsausschusses mit Rambouillet und des Fördervereins Kirchheim-Petrovac e.V.

**Blumenschmuckwettbewerb Ötlingen 2025
- Erhöhung des städtischen Zuschusses**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 33

Beschluss

Der Antrag erhält keine eine Mehrheit bei

29 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
4 Nicht abgestimmt

Zustimmung zur Erhöhung des Zuschusses für den Blumenschmuckwettbewerb Ötlingen für das Jahr 2025 um 1.000 Euro auf 1.420 Euro.

**Wasserspender Schlossgymnasium
- Beschluss über den Antrag der CDU und SPD Fraktion**

Gesetzliche Anzahl Stimmberchtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberchtigter: 34

Kenntnisnahme von der Ablehnung des Antrags und des Weiteren Vorgehens hinsichtlich eines Wasserspenders am Schlossgymnasium.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

EBM 1. Insolvenzverfahren Henrietten Garten — Ärger durch noch bestehende Mängel

StR Dr. Smetak (CDU) spricht das Wohnquartier Henrietten Garten an. Die Straßen seien dort so zugeparkt, dass kein Müll- oder Feuerwehrfahrzeug durchfahren und sie auch nicht mehr als Spielstraße genutzt werden könne. Die Straße sei immer noch nicht abgenommen und es herrsche Unbehagen, auch weil die Durchgangswege noch fehlen würden. Er fragt nach dem Sachstand und nach Möglichkeiten der Stadt, die Situation zu verbessern.

EBM Rapp erklärt, dass die Verwaltung schon länger mit den zwei Insolvenzverwaltungen in Kontakt sei. Aus den laufenden Mietzahlungen der Wohnungen sollen die dokumentierten Mängel wie Belagsarbeiten und auch der Übergangsweg in Richtung OFA-Gelände abgearbeitet werden. Es gebe die Zusage, dass ein Zeitplan mit einer priorisierten Reihenfolge erstellt werde. Am 24. Juni sei ein Treffen mit allen Beteiligten geplant. Die Verwaltung werde darauf drängen, dass noch in diesem Sommer der städtebauliche Vertrag gegenüber der Stadt erfüllt und die Mängel abgearbeitet werden.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

OB,
130,
134

2. Digitalisierungsstrategie – Prozessoptimierung vor Digitalisierung

StR Machoczek (Grüne) fragt nach dem Stand der Prozessoptimierung innerhalb der Verwaltung und welche Verwaltungsprozesse mit welchen technischen Mitteln optimiert werden.

OB Dr. Bader erklärt, dass im Zuge der Mitarbeitendenbefragung etwa 160 Maßnahmen innerhalb der Abteilungen identifiziert wurden, bei denen sich viele Möglichkeiten zur Prozessverbesserung und zur Steigerung der Effizienz ergeben würden. Es habe auch Vorschläge gegeben, die die Optimierung der gesamten Verwaltung betreffen. Der Start der Digitalisierung der Bauanträge sei zum 01.01.2026. Die E-Rechnung befindet sich noch bis Ende Juni im Pilot und werde dann sukzessive bis Mitte 2026 umgesetzt. Die Einführung der E-Akte sei zur Hälfte abgeschlossen. Priorität haben dabei die Abteilungen, die in das neue Verwaltungsgebäude M1+3 umziehen würden.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

EBM,
260,
264

3. Sicherheitskonzepte für Vereine bei Festen und Veranstaltungen

StR Kneile (Freie Wähler) geht auf das diesjährige Maibaumaufstellen und das Maibaumfest des Musikvereins Nabern. Die überbordenden Auflagen würden ihn nachdenklich machen und beunruhigen. Das Sicherheitskonzept sei überzogen gewesen und mit einem großen logistischen Aufwand verbunden. Insbesondere die 15 Betonblocksteine mit einem Gewicht von je 2,5 Tonnen an den Ortszufahrtsstraßen als Barrieren, für deren Transport ein LKW-Tieflader benötigt worden sei. Außerdem musste ein Traktor zur Absperrung bereitgestellt werden. Der Vergleich der latenten Gefahr in Nabern mit Großstädten wie Mannheim oder München, in denen es Anschläge auf Veranstaltungen gegeben habe, halte er für übertrieben. Das Gefahrenpotential müsse in Zukunft besser eingeschätzt und dafür geeignete Maßnahmen abgeleitet werden. Im Grunde gehe es um die Verantwortung. Er frage sich, ob es immer für alles einen Verantwortlichen brauche. Er appelliert an die Selbstverantwortung. Der Preis für die Sicherheit, die natürliche immer vor gehen müsse, sei sehr hoch. Die Vereine, die für diese Sicherheit sorgen müssen, können und wollen diesen Aufwand, sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht möglicherweise in Zukunft nicht mehr aufbringen. Es bestehe die Gefahr, dass es dann solche Veranstaltungen nicht mehr gebe. Dies würde gesellschaftspolitisch ein Desaster sein. Sollten diese Sicherheitsauflagen aufgrund der Gefahrenlage nicht zu vermeiden sein, brauchen die Vereine dringend Unterstützung. Er verweist auf den Kirchheimer Sommer mit seinen vielen Veranstaltungen und sei gespannt, welche Auflagen hierzu festgelegt werden. Man müsse in diesem Zusammenhang auch die Absicherung der regelmäßigen Märkte in Kirchheim unter Teck oder auch die Fußgängerzone im Alltagsbetrieb betrachten, denn auch hier gebe es eine latente Gefahr. Er meint, dass man verstehen und einsehen müsse, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gebe. Bedrohungen durch Terroranschläge, Unfälle und Auflagen durch den Brandschutz müsse man einschätzen und dann mit Vernunft agieren, denn es gebe immer noch den Faktor Mensch.

EBM Rapp erklärt, dass die Verwaltung die Aufgabe habe, bei Anfragen zur Sicherheit bei Veranstaltungen eine Gefährdungsanalyse zu machen. Lebensrealität sei, dass ein Selbstschutz vorliege und mit einem Risiko umgegangen werden müsse. Das richtige Maß an Sicherheitsvorkehrungen bei Veranstaltungen müsse gefunden werden. Dabei seien politische Veranstaltungen anders zu bewerten als Feste von Vereinen. Aktuell werde ein Sicherheitskonzept erarbeitet, bei dem kommende Veranstaltungen mit Augenmaß beurteilt werden sollen.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

240 4. Blumenschmuck am Rathaus

StR Banzhaf (Freie Wähler) fragt nach, ob auch dieses Jahr wieder Blumenschmuck am Rathaus angebracht werde.

OB Dr. Bader weist darauf hin, dass dies bereits erfolgt sei.

StR Gerber (Freie Wähler) ergänzt, dass es seit zwei Jahren nicht mehr Geranien seien, sondern es eine andere Bepflanzung gebe, die erst in ein paar Wochen ihren vollen Umfang erreichen würde und letztes Jahr sehr üppig gewesen sei.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

EBM,
260

5. Haft- und Hokafest - Räumung von Sondernutzungsflächen der Gastronomen für die Stände der Vereine

StR Eisenmann (SPD) weist darauf hin, dass aktuell die Vereine mit den entsprechenden Ladenbesitzern abklären, wie ihr Stand aufgebaut werden könne. Einem Gastronomen mit Außenbewirtung sei nicht bekannt, dass er seine Sitzmöbel entfernen müsse. Um Unstimmigkeiten zu vermeiden, bittet er die Verwaltung darum, vorab die Situation zu klären.

EBM Rapp erklärt, dass jeder, der eine Sondernutzungsfläche bei der Stadt habe, wisse, dass er diese bei Veranstaltungen der Stadt räumen müsse. Er bittet um namentliche Nennung des betreffenden Gastronomen, um diesem den Hinweis nochmals zustellen zu können.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

6. S-Bahn unpünktlich beziehungsweise Ausfall

StR Kenner (SPD) weist darauf hin, dass in letzter Zeit die S-Bahn öfters ausfalle oder unpünktlich sei. Da die Stadt Wohngebiete mit dem Hinweis auf den nahen Bahnhof habe oder plane, bittet er darum, die Bahn zu drängen, für einen regelmäßigen S-Bahnbetrieb zu sorgen. Sonst werde ein Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr nicht erfolgen.

Gez.
Müller